

# DER TAGESSPIEGEL

RERUM CAUSAS  
COGNOSCERE

Noch elf Tage: Der **BER-Countdown** mit 3D-Rundgang und den peinlichsten Pannen – Seite 9

**Auf dem Trockenen:** Der weltweite Kampf ums Wasser – Seite 28

**Schlachtfeld Arizona:** Warum Trump jetzt die Latinos braucht – Seite 3

BERLIN, DIENSTAG, 20. OKTOBER 2020 / 76. JAHRGANG / NR. 24 336

WWW.TAGESSPIEGEL.DE

BERLIN/BRANDENBURG 1,90 €, AUSWÄRTS 2,60 €, AUSLAND 2,80 €



## Die Ärzte kommen

Sie mussten ihre Tour verschieben. Aber das Album „Hell“ ist ein großer Spaß geworden. Darauf entwirft die Berliner Band eine Welt, in der sie gerne lebten. Ein Treffen mit den Punk-Veteranen. – Seite 23

Foto: Jörg Stemmeitz/Wagnmüller PR/dpa

## Konflikte im Verkehr Wider die Hackordnung

VON HENDRIK LEHMANN

In Deutschland gilt ein klares Gesetz der Straße: das des Stärkeren. Erst kommen die LKW, dann schnelle Luxusautos, worauf Mittelklassewagen, ältere Schrottkisten, Motorräder und Mofas folgen. Erst danach folgen Fahrräder und dann die endgültig Entrechteten der Straße: Fußgänger, Fußgängerinnen, Menschen mit Kinderwagen oder Rollator und Ältere am Stock. In den letzten Jahren erlebt die altherwähnte Hackordnung Turbulenzen. Inzwischen sind in Berlin ungefähr so viele Menschen mit dem Fahrrad unterwegs wie mit dem Auto. Weil es immer mehr werden, die Radwege allerdings kaum, zwingen sich immer mehr Fahrräder auf denselben Raum – seit der Coronakrise ist die Tendenz noch einmal steigend. Die wenigen Alibi-Popup-Radwege können das nicht auffangen.

# Söder will Bund im Kampf gegen Corona stärken

„Föderalismus stößt an seine Grenzen“ / Lockdown in Berchtesgaden / Ärztepräsident warnt vor übertriebener „Angstmache“

VON GEORG ISMAR

BERLIN – Angesichts der Probleme, die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen, fordert Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) eine stärkere Übertragung von Länderkompetenzen auf den Bund. „Ich bin ein überzeugter Föderalist, aber ich glaube, dass der Föderalismus zunehmend an seine Grenzen stößt“, sagte Söder am Montag in Nürnberg. Der Bund müsse die Möglichkeit haben, verstärkt mit „Bundesverordnungen“ zu agieren.

Als ein Beispiel fordert Söder eine bundesweit einheitliche Maskenpflicht auf stark frequentierten öffentlichen Plätzen, an bestimmten Arbeitsplätzen und in Schulen – diese soll ab 35 Neuinfektionen je 100 000 Einwohnern in sieben Tagen gelten; zudem pocht er auf einheitliche Sperrstunden schon ab 22 Uhr bei 50

Neuinfektionen. Söder verhängte über den Landkreis Berchtesgadener Land einen Lockdown, da aus nicht klar ersichtlichen Gründen die Zahl der Neuinfektionen je 100 000 Einwohner auf den bundesweit höchsten Wert von 252 geklettert war. Schulen und Kitas müssen schließen, ebenso Restaurants und Freizeiteinrichtungen, zudem gelten ab diesem Dienstag strenge Ausgangsbeschränkungen – ohne triftigen Grund darf man nicht mehr raus.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich zuletzt unzufrieden gezeigt über die Uneinigkeit der Länder. Es würde helfen, Rechte auf den Bund zu übertragen und im Infektionsschutzgesetz zu verankern, so Söder. Derzeit wird über einen Gesetzentwurf verhandelt, der dem Bund über die bis 31. März 2021 befristete Pandemie-Sondersituation hinaus Durchgriffsrechte geben soll, etwa bei Grenzschließungen und Reiseeinschränkungen.

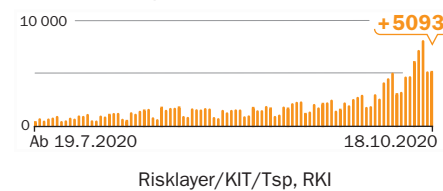
## VIRUS in Zahlen

### Neuinfizierte

pro 100 000 Einwohner in den vergangenen 7 Tagen

BERLIN **92** | DEUTSCHLAND **49**

### Deutschland gesamt



Risklayer/KIT/Tsp, RKI

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) und weitere Politiker von FDP, aber auch von SPD und Union kritisierten, dass wesentliche Entscheidungsrechte geben soll, etwa bei Grenzschließungen und Reiseeinschränkungen.

Regierungen in Bund und Ländern getroffen werden. Zudem erwiesen sich Maßnahmen wie das Beherbergungsverbot in mehreren Bundesländern als nicht gerichtsfest, was die Akzeptanz der Bürger für die Corona-Politik gefährden kann. Söder wies die Kritik einer unzureichenden Mitsprache zurück: „Das Parlament ist ständig dabei. Das Parlament wird bei allen Gesetzen eingebunden.“ Zudem attackierte er die FDP, die in mehreren Landesregierungen die Entscheidungen mitgetragen hat. „Es gibt nicht nur die AfD, auch andere politische Kräfte, die tagtäglich versuchen, die gesamten Maßnahmen zu relativieren und die Bevölkerung nahezu aufrufen, nicht mitzumachen.“ Söder forderte die FDP auf, „noch mal zu überlegen, ob der Kurs, den sie sich jetzt da gemeinsam mit der AfD aufgelegt haben, wirklich der richtige für das Land ist“. FDP-Chef Christian Lindner erwi-

derte: „Was hat die Corona-Politik mit Markus Söder gemacht, dass er die FDP in die Nähe der AfD rückt?“

Ärztepräsident Klaus Reinhardt warnte im Deutschlandfunk die Politik davor, die Leute zu verunsichern: „Ich finde, man kann den Menschen nicht in einer Tour Angst machen.“ Das könne dazu führen, dass Teile der Bevölkerung Warnungen nicht mehr ernst nehmen. Charité-Virologe Christian Drosten verwies dagegen auf eine Stellungnahme der Gesellschaft für Virologie und warnte davor, flächendeckende Infektionen in Kauf nehmen zu wollen: „Mit Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass erneut die Stimmen erstarben, die als Strategie der Pandemiebekämpfung auf die natürliche Durchseuchung großer Bevölkerungsteile mit dem Ziel der Herdenimmunität setzen.“

— Seite 2 und Meinung

## Hamstern in Deutschland

### Rollen für die zweite Welle

Wir sind ja alle vernünftige Menschen – und würden deshalb nie, nie von uns aus Klopapier hamstern. Andererseits gibt es natürlich diese Idioten, die in den Supermärkten die Rollen an sich rafften, so viel sie nur können, ohne dass es dafür außer Gier einen Grund gäbe. Und weil das so ist, hamstern wir lieber mit, damit wir nachher nicht ohne dastehen. Ist das so etwa der Gedanke, der hinter dem Phänomen steht?

Die zweite Hamsterwelle scheint nun langsam Fahrt aufzunehmen. Jeder Zehnte, sagen die Meinungsforscher von YouGov, will in den nächsten Wochen wieder verstärkt zuschlagen bei Nudeln, Mehl und Klopapier. Warum Klopapier? Es überdauert im Schrank locker ein mittelschweres Armageddon, und jeder Mensch braucht es, sofern er nicht antike Reinigungstechniken mit Sand oder Kieselsteinen bevorzugt – ein *unique selling point*, wie es in der Marketing-Sprache heißt.

Den haben die in der Krise ebenfalls gern vom Markt gerafften Nudeln nicht, denn wenn sie nicht da sind, essen wir halt Kartoffeln oder Reis, pah. Oder Mehl – dabei ist ein Leben ohne Mehl im Schrank leicht möglich. Warum also Mehl? Es hat diese biblische, existenzielle Tiefe, die schon Jesus aufgefallen war: „Das Himmelreich gleicht einem Sauerteig, den eine Frau nahm und unter drei Scheffel Mehl mengte, bis es ganz durchsäuert war.“

Sauerteig, na ja. Heute nehmen wir im Haushalt Hefe, den nächsten Mangelartikel, und es drängt sich eine Theorie auf: Pizza ist inzwischen derart systemrelevant, dass die Menschen das Gefühl brauchen, sie sich notfalls selbst herstellen zu können. Was sie natürlich nie tun, denn es gibt Pizza auch in der Krise tiefgekühlt und ungehamstert in jedem Supermarkt.

Was tut der Handel gegen die Mangelangst? In Berliner Supermärkten scheinen die Manager suggestiv vorzugehen: Sie türmen richtige Berge von Klopapier und Küchenrollen auf, um den Verbraucher ruhig zu stimmen. Der Vorrat reicht mindestens bis zur Impfung, soll er denken, und nur das mitnehmen, was er wirklich braucht.

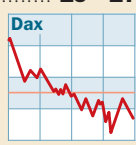
Wer hamstert? Es sind die besonders ängstlichen und die besonders gewissenhaften Menschen, wie die Schweizer Forscherin Lisa Garbe schon beim Abklängen der ersten Welle herausgefunden hat. Und wir wissen auch: Es hat überhaupt keinen Mangel gegeben. Klopapier, Hefe und Mehl waren da. Nur eben nicht in den Läden, sondern in den Lagern und den Lastern, die hektisch herumfahren, weil die Lieferketten auf Hamsterkäufe nicht eingerichtet waren.

Was das Klopapier angeht: Schauen Sie bitte einfach mal im Keller, ob die Rollen aus der ersten Welle nicht auch noch für die zweite reichen. BERND MATTHIES

## INDEX

### WIRTSCHAFT & BÖRSEN 15 - 17

Unsicherheiten rund um die Corona-Pandemie drückten die Stimmung am Markt. Der Dax schloss bei 12 854 Punkten.



### WETTER 2

Zunächst scheint zeitweise noch die Sonne, 14/11 im Tagesverlauf ziehen immer mehr Wolken auf, und am Abend regnet es gebietsweise.

### TÜCKISCH 18 + 20

Im Kampf gegen Krebs setzt die EU auf neue Strategien.

### WISSEN & FORSCHEN 26

MEDIEN/TV-PROGRAMM 27

IMPRESSUM & ADRESSEN 4

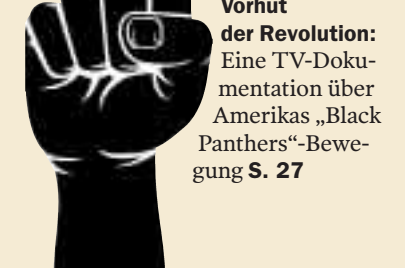
### LESERBRIEFE@TAGESSPIEGEL.DE

TEL. REDAKTION (030) 29021-0

TEL. ABO-SERVICE (030) 29021-500

TEL. SHOP (030) 29021-520

TEL. TICKETS (030) 29021-521



ISSN 1865-2263



## Unmut über politischen Kurs von Giffey und Saleh

BERLIN – Bei Linken, Grünen und CDU – aber auch in der eigenen Partei – ist der politische Kurs, den die designierten SPD-Landesvorsitzenden Franziska Giffey und Raed Saleh in einem Tagesspiegel-Interview skizzierten, auf Kritik gestoßen. Die mehrheitlich linke SPD-Basis will sich nicht durch öffentliche Äußerungen der künftigen Doppelspitze vorschreiben lassen, wie das Wahlprogramm für die Berliner Wahl 2021 auszusehen hat. Giffey und Saleh wollen auf dem Parteitag am 31. Oktober den Regierenden Bürgermeister Michael Müller als SPD-Lan-

deschef ablösen. Im Gespräch mit dem Tagesspiegel erläuterten sie ihre politischen Schwerpunkte. Die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann (Grüne), sprach von einem „deutlich neoliberalen Spin“. Kultursenator Klaus Lederer (Linke) glaubt, dass sich die SPD „das Berlin von vorgestern zurückwünscht“. Dass Giffey und Saleh jetzt schon Wahlkampf machen, hält der CDU-Chef Kai Wegner „in diesen Krisenzeiten für unverantwortlich“. sib/za

— Seite 10

## Frankreichs Polizei geht gegen Islamisten-Szene vor

PARIS – Nach dem brutalen Mord an einem Lehrer hat die Polizei in Frankreich einen großangelegten Schlag gegen das islamistische Milieu gestartet. Am Montag liefen Einsätze gegen Dutzende Islamisten, wie der französische Innenminister Gérard Darmanin dem Radiosender Europe 1 sagte. Die Verdächtigen stünden „nicht unbedingt in Verbindung“ mit dem Mord an dem Lehrer. Die Einsätze zielten vielmehr darauf ab, „eine Botschaft zu vermitteln: nicht eine Minute Aufschub für die Feinde der Republik“. Ermittlerkreisen zufolge soll es sich um

Verdächtige handeln, die wegen radikaler Predigten und Hassbotschaften im Netz im Fokus der Geheimdienste stehen. Gegen mehr als 80 Menschen seien zudem nach Behauptungen, „der Lehrer habe es darauf angelegt“, Ermittlungen eingeleitet worden. Der islamistische Anschlag auf den 47-jährigen Geschichtslehrer hatte in ganz Frankreich Entsetzten ausgelöst. Am Sonntag gingen Zehntausende auf die Straße, um für Meinungsfreiheit zu demonstrieren. AFP

— Seiten 4, 10 und Meinung